

CHRISTOPH KLEBMANN
Bielefeld (BRN)

ENTSTEHUNG UND ENTWICKLUNG DES POLENBUNDES (ZPwN) IM RUHRGEBIET (1894 - 1922) *

Das Thema dieses Symposiums ist der 1922 ins Leben gerufene „Bund der Polen in Deutschland“, der bis zu seiner gewaltsamen Auflösung 1939 existierte. Ist es sinnvoll oder gar notwendig in diesem Zusammenhang auf die erste Gründung eines Verbandes mit gleichem Namen im Ruhrgebiet einzugehen, der faktisch keine große Bedeutung gehabt hat und überdies 1910 mit dem von Posen (Poznań) aus initiierten Verband „Straż“ verschmolz, so daß es nicht einmal eine direkte Kontinuität zwischen den beiden gleichnamigen Verbänden gab?

Ich beantworte diese Frage mit „ja“, weil ich daraus eine bestimmte Konzeption dieses Themas ableite. Möglicherweise ergibt sich hieraus auch eine deutlich unterschiedliche Akzentuierung in Methode und Problemstellung bei der Behandlung der polnischen Einwanderer in Deutschland als bei polnischen Historiker-Kollegen. Ich will das nur mit wenigen Sätzen verdeutlichen:

Die historische Thematik „polnische Arbeiter im Ruhrgebiet“ ist gegenwärtig in der Bundesrepublik sehr aktuell, weil hier ein Beispiel vorliegt, das als historische Dimension für strukturelle Probleme der sog. „Gastarbeiterfrage“, also für das Zusammenleben und die Konflikte zwischen Deutschen und Ausländern bzw. Fremdsprachigen, von großem Interesse ist. Während nach meinem Eindruck aus polnischer Sicht diese Thematik primär unter nationalpolitischen Aspekten betrachtet und in Kategorien der nationalen Selbstbehauptung untersucht wird, richtet sich mein Interesse stärker auf die spezifisch sozialhistorischen Gesichtspunkte. Wie sieht das Erscheinungsbild einer fremdsprachigen Arbeiterminderheit ländlicher Herkunft in der hochindustrialisierten Region des Ruhrgebiets aus, welche sozialen und nationalen Konflikte entstehen zwischen Deutschen und Polen, welche Konflikte sind innerhalb der polnischen Einwanderergruppe festzustellen und wie sehen Mechanismen der sozialen und politischen Integration einerseits und Faktoren

* Die Ausführungen fußen im wesentlichen auf meiner Arbeit: *Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870-1945*. Göttingen 1978, bes. S. 94-105, und auf der Darstellung von Krystyna Murzynowska, *Die polnischen Erwerbsauswanderer im Ruhrgebiet während der Jahre 1880-1914*. Dortmund 1979, S. 121 ff. 230 ff.

der nationalen und sozialen Gruppenbildung, der „sekundären Minderheitsbildung“ andererseits aus? Ich will mit diesem Hinweis andeuten, daß sich die Geschichte der Polen an der Ruhr — die dann ja auch eine Basis des ZPwN im Reich nach 1922 darstellten — zwar nicht losgelöst vom deutsch-polnischen Konflikt und von der preußischen Unterdrückungspolitik in den östlichen Provinzen im Kaiserreich darstellen läßt, daß aber sozialhistorische, strukturelle Momente jenseits dieses politischen Konflikts von besonderer Bedeutung sind.

Die Tatsache, daß der Polenbund nach 1945 nicht in Berlin, sondern in Bochum an der gleichen Stelle wie 1894 wieder gegründet wurde, mag zudem unterstreichen, daß es eine längerfristige Kontinuität heraus gibt und daß die Polen im Ruhrgebiet dafür eine wesentliche soziale Basis abgaben.

Meine Frage nach den inneren Verbindungslinien zwischen dem ersten und dem zweiten Polenbund möchte ich im folgenden ganz knapp unter drei Stichworten behandeln:

1. Gründung, Struktur und Aufgabenstellung des ZPwN;
2. Orientierungskonflikte innerhalb des polnischen Organisationssystems im Ruhrgebiet;
3. Scheitern des ZPwN und erfolgreich Übernahme seiner ursprünglichen Zielsetzungen durch das 1913 gegründete und nach 1918 voll aktive „Ausführende Komitee“ (KW), das die Eingliederung der Ruhrpolen in den 1922 in Berlin gegründeten zentralen Polenbund unmittelbar vorbereitete.

1. GRÜNDUNG, STRUKTUR, AUFGABENSTELLUNG DES ZPwN

Heinrich Konrad von Studt, ehemals Landrat im Kreis Obornik, 1889 - 1899 Oberpräsident der Provinz Westfalen und danach preußischer Kultusminister, schrieb in einer umfassenden Denkschrift über die Ruhrpolen von 1896:

„Mein Urtheil über die Polenbewegung in Westfalen fasse ich wie folgt zusammen:

Die Bestrebungen, die Polen „in der Fremde“ zu organisieren, werden einheitlich von einer Zentralstelle aus, gebildet, von dem Probste Liß (gegenwärtig in Romiany in Westpreußen), den Gebrüdern Brejski und einem neuerdings hinzugetretenen, mir als fanatisch geschilderten Agitator namens Bielinski zu Bochum geleitet, welche ihrerseits wieder mit den Führern der Bewegung in den altpolnisch-preußischen wie nichtpreußischen Landestheilen und in Oberschlesien Beziehungen unterhalten. Wenn auch von der Verbindung der Polenvereine zu einem förmlichen Bunde Abstand genommen ist, so wird durch die Einheitlichkeit der Statuten, die gemeinschaftliche Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten, durch

die regelmäßigen Besuche der Agitatoren bei den entfernten Vereinen und endlich durch die gemeinschaftliche Presse das Gefühl ihrer Zusammengehörigkeit in jeder Weise gestärkt. Die Vereine sind daher als eine einheitlich geleitete Organisation anzusehen, welche — sofern die polnische Arbeiterbevölkerung in der bisherigen Weise wächst — in absehbarer Zeit eine bemerkenswerthe politische Macht darstellen wird. Gegenwärtig befinden sich im westfälischen Theile des Industriegebietes mehr als 30 000 katholische polnische Arbeiter, welche mit ihren Angehörigen etwa 80 000 Köpfe zählen. Wird der politischen Weiterentwicklung kein Hemmnis entgegengesetzt, so ist die Zeit nicht mehr fern, wo die Polen in einzelnen Gemeinden mit dem Stimmenübergewicht die Herrschaft in der Gemeindevertretung erlangen werden.

... Unter diesen Umständen kann die Bewegung in unruhigen Zeiten eine Gefahr für die öffentliche Ordnung werden. Vom Standpunkte des staatlichen Interesses erachte ich es daher für angezeigt, daß gleichwie im Osten auch für den Westen der Monarchie behufs Zurückdrängung des Polenthums die geeigneten Maßnahmen nachdrücklich getroffen werden."

Bis auf die quantitative Größenordnung der Polen im Ruhrgebiet sind die hier zu findenden Beurteilungen nahezu alle falsch. Eben deshalb ist diese Denkschrift sehr aufschlußreich für die Leitlinien der preußischen Politik. Der Kernpunkt dieser Denkschrift ist die These, bei der polnischen Minderheit im Ruhrgebiet handele es sich um eine in sich geschlossene, auf einem ausgeprägten Gemeinschaftsgefühl basierende, durchorganisierte Gruppe, die mit der polnischen Nationalbewegung in Posen (Poznań) in engem Kontakt stehe, eben deshalb eine potentielle politische Gefahr darstelle und folglich auch mit den gleichen Mitteln bekämpft werden müsse wie in den Ostprovinzen. Interessant ist im übrigen, daß die Existenz des zu dieser Zeit bereits gegründeten ZPwN dem Oberpräsidenten offenbar noch nicht bekannt war, bestreitet er doch, daß es formell den Versuch einer Zentralisierung des Vereinswesens gebe.

Mit dieser Denkschrift sind die Grundlinien der preußischen Politik bis 1918 umrissen, und das, was hier falsch als bereits bestehender Zustand und Gefahr dargestellt wird, war schließlich nach Art einer *self-fulfilling prophecy* das Ergebnis dieser Politik. In diesem Kontext ist auch die Geschichte des ZPwN als Versuch organisatorischer Zentralisierung und nationaler Abwehr deutscher Unterdrückungs- und Germanisierungsbestrebungen zu sehen. Die Schwäche und das Scheitern dieses Bundes zeigen jedoch, wie wenig entwickelt die Voraussetzungen für einen solchen Versuch noch waren. Es bedurfte gewissermaßen erst eines längeren Entwicklungs- und Lernprozesses, um das angestrebte Ziel zu erreichen.

Nach den Gründungsstatuten hatte sich der ZPwN zum Ziele gesetzt: „die Vereinigung der in deutschen Provinzen lebenden Polen, um

ihnen ihre moralischen und materiellen Rechte zu sichern, bei bedingungsloser Ausschließung sozialdemokratischer und ähnlicher Machinationen". Insbesondere wollte der Verband Rechtshilfe leisten, Bildungsarbeit unter den Auswanderern fördern und in diesem Zusammenhang vor allem die polnische Sprache bei den Kindern sichern. Ein zentrales Aufgabenfeld sah er in einer befriedigenden polnischen Seelsorge (Pastorisierung). Darauf ist noch einzugehen. Charakteristisch ist ferner der § 3: „Politische Reibereien nach Art der in der Heimat bestehenden sowie Ausfälle gegen einzelne Gesellschaftsklassen sind im Verband unbedingt verboten“.

Der Organisationsaufbau war dreistufig: an der Spitze stand ein mehrköpfiger Vorstand, auf der mittleren Ebene gab es ein Aufsichtsgremium als Kontrollorgan, die unterste Ebene war die jährlich tagende Generalversammlung aller Mitglieder.

Der erste Vorstand setzte sich aus einem Bankangestellten als Vorsitzendem, einem Priester, ferner Anton Brejski, einem Redakteurgeber der ersten ruhrpolnischen Zeitung „Wiarus Polski“, und lediglich einem Arbeiter, Hipolit Sibilski, dem Begründer des ersten Polenvereins, zusammen. Möglicherweise ist schon in dieser untypischen sozialen Zusammensetzung ein Hinweis dafür zu finden, daß der Verband keine große Resonanz unter den polnischen Arbeitern fand.

Da sich Vereine mit gemeinsamer Zielsetzung nach dem preußischen Vereinsgesetz von 1850 nicht zusammenschließen durften, betrieb der ZPWn einen Zusammenschluß nicht auf Vereinsebene, sondern auf der Basis individueller Mitgliedschaft. Die Mitgliederzahlen erreichten keine spektakuläre Höhe, sondern lagen meist unter 1.000, obwohl nach Angaben der deutschen Behörden 1903 einmal 3.000 Mitglieder zu verzeichnen waren, was jedoch zweifelhaft ist. Die niedrige Mitgliederzahl sagt jedoch wenig über tatsächlichen oder möglichen Einfluß aus. Denn da häufig die Vereinsvorsitzenden Mitglieder waren, war auf indirekte Weise eine gewisse Zentralisierung und zentrale Koordination durchaus möglich. Die größte Wirkung hatte der Verband vermutlich durch seine enge Bindung an den „Wiarus Polski“, die ja bereits durch die Personalunion im Vorstand zum Ausdruck kam. Gerade der Forderung nach einer besseren Organisation der polnischen Seelsorge bot das Blatt ein Forum mit einer gewissen Breitenwirkung. Der „Wiarus“ wurde denn auch nicht müde, angesichts der restriktiven Haltung der deutschen Behörden und des deutschen Klerus polnische Seelsorger zu fordern und sich nicht mit polnischsprechenden deutschen Priestern zufrieden zu geben, weil das die Gefahr einer Germanisierung bedeute. In Klammern sei an dieser Stelle nur angemerkt, daß sich der Konflikt um polnische Priester und polnische Messen zu einem handfesten Politikum aus-

wuchs, das auf beiden Seiten z.T. groteske Züge annahm. Auf der einen Seite registrierten die deutschen Behörden argwöhnisch jede polnische Sonntagsmesse, auf der anderen Seite verstieg sich der „Wiarus“ 1907 zu dem bemerkenswerten Satz: „Das polnische Volk kennt die Herren Deutsch-Katholiken. Jeder Deutsche ist ein versteckter Lutheraner“. Die zunehmend schärfere Frontstellung gegen die deutsche Umwelt darf jedoch nicht verdecken, daß sich im ZPwN starke Spannungen entwickelten, die auf generelle Probleme des Ruhrpolentums hinweisen, und daß sich der Verband mit seiner umfassenden Zielsetzung übernommen hatte und daher nicht adäquat auf die wirklichen Bedürfnisse der ruhrpolnischen Arbeiter eingehen konnte. Dies zeigte sich besonders hinsichtlich der Gewerkschaftsorganisation.

2. ORIENTIERUNGSKONFLIKTE

1902 veröffentlichte der „Wiarus“ als inoffizielles Organ des Polenbundes einen Aufruf:

„Arbeiter organisiert euch! Jedoch nicht in Gewerkschaften, sondern im Polenbund, in dem wir auch einen Bergarbeiterausschuß eingerichtet haben und in dem binnen kurzem ein Ausschuß für Hüttenarbeiter gebildet werden soll... Die deutschen Vereine müssen ohne Rücksicht darauf, wie sie sich nennen, gemieden werden. Insbesondere ist man bestrebt, die Polen in den christlichen Gewerkschaften einzufangen. Die Polen dürfen weder in diese noch andere Vereine..., denn überall werden die Polen von der Germanisierung angesteckt“.

Große Resonanz fand dieser Aufruf nicht.

Anders sah es jedoch mit der im gleichen Jahr gegründeten polnischen Gewerkschaft ZZZP aus. Insbesondere nach der Erfahrung des großen Bergarbeiterstreiks von 1905, an dem das ZZZP teilnahm, entwickelte sich die polnische Gewerkschaft schnell zur größten ruhrpolnischen Organisation. Das stimulierende Element waren hier jedoch kaum die nationale Separation und die Furcht vor Germanisierung, sondern die reale soziale Erfahrung einer unterdrückten Klasse, die sich nur kollektiv — und das hieß organisiert — zur Wehr setzen konnte. Daß somit nicht der Polenbund mit einem breiten Aufgabekatalog und einer primär politischen Zielsetzung, sondern die Gewerkschaft als Interessenvertretung Erfolg hatte, ist für die Sozialgeschichte der ruhrpolnischen Minderheit von großer Bedeutung. Selbstverständlich spielten auch nationale Spannungen zwischen deutschen und polnischen Gewerkschaften eine erhebliche Rolle, aber doch nicht allein. Denn das ZZZP stellte seine sozialen Interessen tendenziell höher als seine nationalen, schloß sich von daher z.B. dem Bergarbeiterstreik von 1912 an und erntete dafür

⁷ Przegląd Zachodni 4/84

herbe Kritik der polnischen Presse aus Posen (Poznań), weil eine Zusammenarbeit mit dem „roten“ Bergarbeiterverband aus dieser Perspektive schwer erträglich schien. Ich will diesen Aspekt betonen, weil zwischen beiden Verbänden nationale Konflikte ebenfalls ein beträchtliches Gewicht besaßen, dennoch zeigt sich hier, daß ein so wichtiges Aufgabenfeld wie die gewerkschaftliche Organisation vom Polenbund nicht als Teilaufgabe bewältigt werden konnte.

Die inneren Orientierungskonflikte zeigten sich deutlicher auf einem anderen Feld. In den Jahren 1902 bis 1905 wurde der ZPwN Schauplatz heftiger Machtkämpfe zwischen den Anhängern Jan Brejskis und des „Wiarus“ einerseits und einer Gruppe um Ignacy Żniński in Dortmund andererseits, der dort versuchte, ein Konkurrenzblatt, den „Dziennik Polski“ zu gründen. Żniński stand unter starkem Einfluß der Posener Nationaldemokratie. blieb auch dieser erste Versuch ohne Erfolg und ging der „Dziennik Polski“ schnell wieder ein, so erfolgte doch mit der Gründung einer Filiale des Posener „Straż“ Vereins (primär einer Bildungsorganisation mit überregionalem Anspruch) im Ruhrgebiet ein erneuter Vorstoß. Auch wenn die Abgrenzung zwischen Nationaldemokraten und Konservativen nicht eindeutig ist (Józef von Kościelski war führend in der „Straż“ tätig) muß man diese Filialgründung als erneuten Versuch interpretieren, von Posen (Poznań) aus Einfluß auf das Organisationssystem an der Ruhr zu gewinnen. Zwar gelang 1910 eine Fusion von Polenbund und „Straż“, dennoch blieb auch „Straż“, die nun den Aufgabenkatalog des alten Polenbundes übernahm, ohne große Resonanz. Hier zeigt sich erneut die deutliche Distanz der sozial ganz anders strukturierten ruhrpolnischen Gruppe gegenüber der Posener Nationalbewegung.

Das Bild wird noch komplizierter durch eine zusätzliche Konfliktlinie. 1904 wurde in Bochum der „Verband der gegenseitigen Hilfe polnisch-katholischer Vereine“ gegründet, mit dem „Wiarus“-Redakteur St. Kuńca als Vorsitzendem. Dieser Verband war somit auf den ältesten Vereinstyp ausgerichtet, den katholischen Arbeiterverein, der primär religiöse und gesellige Funktionen hatte. Damit grub der Verband dem Polenbund zwangsläufig das Wasser ab. Im einzelnen sind die Beziehungen zwischen beiden Zentralverbänden nicht zu klären, in jedem Falle läßt sich feststellen, daß nach dem Niedergang und der Auflösung des Polenbundes dieser „Verband gegenseitiger Hilfe“ seine volle Wirksamkeit entfaltete. Ende 1912 waren ihm 139 polnisch-katholische Arbeitervereine angeschlossen mit insgesamt über 12.000 Mitgliedern. Das waren rund 50% aller Vereine und 38% aller Vereinsmitglieder.

Ich erwähne diese Organisationen vor allem deshalb, um zu verdeutlichen, wie lang und verworren der Weg zu einer halbwegs ge-

schlossenen, effektiven Zentralorganisation im Spannungsfeld zwischen Bochum und Posen (Poznań) war, aber noch aus einem anderen Grund: Von den genannten 139 zentral zusammengeschlossenen Arbeitervereinen hatten weit über die Hälfte, nämlich 81, einen deutschen Geistlichen als Präses. Vor dem erwähnten Hintergrund des vehementen Konflikts um die Polenseelsorge, zeigt sich an dieser hohen Zahl deutscher Präses, daß die von der Verbandsführung beabsichtigte und von der Polizei beargwöhnte Politisierung keineswegs so eindeutig war und daß die katholische Loyalität nach wie vor eine beträchtliche Wirksamkeit besaß. Es gab eine doppelte Loyalität, und es war — trotz aller Warnungen des „Wiarus“ vor den Germanisierungstendenzen des deutschen Klerus — keineswegs klar, ob die katholisch-religiöse oder die nationale Loyalität überwog. Sehr deutlich wurde diese doppelte Loyalität auf der Tagung des Verbandes (der gegenseitigen Hilfe) im Mai 1918 in Bochum. Hier wurden einerseits die Rechte der Präses (also auch der Deutschen) erweitert und die Vereine ausdrücklich zur Zusammenarbeit mit den deutschen Geistlichen aufgefordert, andererseits wurde ein Appell an die Mitglieder gerichtet, in die polnische Gewerkschaft ZZP und die eben gegründete „Polnische Arbeiterpartei“ (NSR) einzutreten. Reste dieser Konfliktlinie sind noch in der Endphase der Weimarer Republik erkennbar. Denn der „Verband der gegenseitigen Hilfe“ stand nach wie vor dem Zentrum nahe und blieb gegenüber dem auf völlige Unabhängigkeit drängenden (neuen) Polenbund zumindest distanziert. Als personalpolitisches Kuriosum könnte man in diesem Zusammenhang noch erwähnen, daß der Generalsekretär des Polenbundes ein Ruhrpöle der zweiten Generation, Jan Kaczmarek war, 1895 in Bochum geboren, und der Vorsitzende des Landesverbandes III des Polenbundes Stanislaw Kuńca wurde, ehemals „Wiarus“-Redakteur und 1904 Vorsitzender des „Verbandes der gegenseitigen Hilfe“.

3. „AUSFÜHRENDES KOMITEE“ (KW) UND POLENBUND

Es ist mir nicht möglich, im einzelnen die verschlungenen Wege der sich in ihrer Aufgabenstellung überschneidenden und konkurrierenden Organisationen zu verfolgen. Unter der Frage nach Vorläufern und Verbindungslinien für den Polenbund von 1922 ist jedoch wichtig, auf das KW zu verweisen, das 1913 auf dem aus politischen Gründen im Ausland, in Winterswijk in Holland, veranstalteten Polenkongreß gegründet wurde. Was dem ersten ZPwN und der „Straż“ nicht gelungen war, kam hier zustande: eine nahezu alle ruhrpolnischen Vereine umfassende Dachorganisation, die zugleich eine gewisse Unabhängigkeit

wahrte und ein komplementäres Gegenstück zum polnischen Nationalrat in Posen (Poznań) (ebenfalls 1913 gegründet) bildete. Auch wenn das KW seine Hauptaktivität erst nach 1918 entfaltete, läßt es sich als Höhepunkt des polnischen Vereinswesens im Ruhrgebiet betrachten. Der Vorstand spiegelte die breite soziale Basis dieser Dachorganisation wieder: neben Jan Brejski, dem „westfälischen Polenkönig“, wie er gelegentlich apostrophiert wurde, waren hier Franciszek Mańkowski, der Gewerkschaftsvorsitzende, Stanisław Kuńca vom „Verband der gegenseitigen Hilfe“ und die Gebrüder Kwiatkowski von der zweiten ruhrpolnischen Zeitung „Narodowiec“ in Herne vertreten. Bis Mitte 1921 schlossen sich dem KW nahezu alle polnischen Vereine an: in den 22 Kreis- und 182 Ortskomitees waren 1.513 Vereine mit insgesamt rund 150.000 Mitgliedern vertreten. Trotz des nicht bestimmbareren Anteils an Doppelmitgliedschaften bedeutete dies einen außerordentlich hohen Organisationsgrad.

Auf der Generalversammlung in Herne im Dezember 1918 erklärte sich das KW zum obersten offiziellen Vertretungsorgan der Polen im Westen. Es wurden 8 Kommissionen gebildet, die sich mit den anstehenden aktuellen politischen, finanziellen, sozialen und Bildungsfragen befassen sollten. Eine wichtige Rolle spielte die Rückwandererkommission, die in Zusammenarbeit mit dem polnischen Konsulat in Essen die Organisation der Rückwanderung übernahm. Während des polnisch-sowjetischen Krieges von 1920 kümmerte sich ferner eine Kommission um internierte polnische Soldaten, die in einem Lager in Minden/Westfalen untergebracht waren. Im August 1922 ging das KW im neugegründeten „Bund der Polen in Deutschland“ auf.

Betrachtet man die Entwicklung vom Polenbund 1894 bis zum KW und zur Gründung des zweiten Polenbundes 1922 im Rückblick, so läßt sich deutlich ein für das gesamte Vereinswesen charakteristischer Prozeß beobachten. Das bunte Netz verschiedener Vereine hatte zunächst vor allem eine soziale Funktion für die Einwanderer. Die von der preußischen Polizei von Anfang an in den Vordergrund gerückte „politische Gefahr“ blieb dagegen unwichtig. Der administrative Druck gegen jede Form nationaler Artikulation und das Instrument der Personalunion zur Verklammerung verschiedener polnischer Organisationen schufen dann freilich im Laufe der Jahre ein gut durchorganisiertes Gefüge, das vor allem unter den veränderten politischen Verhältnissen zu Beginn der Weimarer Republik in der Lage war, eine effektive Interessenvertretung zu erreichen, auch ohne in offene Kollision mit deutschen Behörden kommen zu müssen. Der jetzt auftretende Konflikt zwischen nationaler Loyalität, die zur Rückkehr in den neuen polni-

schen Staat drängte, und dem sozialen Interesse, das eher ein Verbleiben im Ruhrgebiet am alten Arbeitsplatz nahelegte, wurde damit aber eher noch verschärft.

Unter den neuen innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen, auf die hier nicht mehr einzugehen ist, rückte die polnische Minderheit an der Ruhr, die weit weg von den politisch umstrittenen Grenzonen in einer Art nationaler Diaspora lebte, mit einer gewissen Zwangsläufigkeit an die Peripherie des Interesses, übergeordnete Aspekte der Verflechtung von Minderheitensituation und Außenpolitik traten stärker in den Vordergrund. Zu fragen wäre, welches Potential und welche Traditionen unter diesen veränderten Umständen die ruhrpolnische Gruppe als die am besten durchorganisierte innerhalb der Polen im Deutschen Reich nun in den neuen Polenbund einbrachte.

POWSTANIE I ROZWÓJ PIERWSZEGO ZWIĄZKU POLAKÓW W NIEMCZECH W ZAGŁĘBIU RUHRY (1894 R.)

(Streszczenie)

Założony w 1894 r. w Bochum Związek Polaków w Niemczech (*Verband der Polen in Deutschland*) odgrywał w systemie organizacji polskich w Zagłębiu Ruhry stosunkowo małą rolę. Był on jednak poprzednikiem założonej w 1922 roku organizacji polskiej o tej samej nazwie. Jego rozwój miał istotne znaczenie dla społeczności polskiej Zagłębia Ruhry. Można to zasygnalizować w postaci kilku тез:

1. Związek Polaków w Niemczech był pierwszą, realizowaną jeszcze przy braku wystarczających środków, próbą utworzenia centralnej organizacji (tzw. „dachowej”) z szerokim zakresem zadań stawianych wychodźstwu polskiemu w Niemczech.
2. Mimo swojej liczebnej i organizacyjnej słabości, Związek ten w ścisłym współdziałaniu z „Wiarusem Polskim” czasowo przejął ważną funkcję o charakterze jednoczącym i wniósł w ten sposób duży wkład w organizowanie się świadomej mniejszości polskiej w Zagłębiu Ruhry.
3. W Związku Polaków w Niemczech (1894) miały miejsce także polityczno-społeczne konflikty dotyczące orientacji politycznej. Te zasadnicze spory były rezultatem napięć wynikłych z różnego pojmowania ruchu narodowego przez polską klasę robotniczą w Zagłębiu Ruhry, a dążącej do prymatu w nim inteligencji i stanu średniego z Poznańskiego. W związku z tym pozostaje także połączenie ZPwN w 1910 r. z utworzoną w 1905 r. w Poznańskim organizacją „Straż”. Sporny charakter nosiła również kwestia stosunku do niemieckiego kleru. Sprawa duszpaństerstwa polskiego nabrała przy tym szczególnej ostrości i ZPwN angażował się w nią bardzo intensywnie.
4. Nie udało się ZPwN (1894) osiągnąć jednego z najważniejszych zadań, a mianowicie objęcie swym zasięgiem całej polskiej klasy robotniczej w Zagłębiu Ruhry. Dopiero założenie w r. 1902 Zjednoczenia Zawodowego Polskiego stanowiło pod tym względem przełom, zwłaszcza po włączeniu się do akcji strajkowej w 1905 r.

5. Wydaje się słusznym uważać istnienie ZPwN za wstępny etap w utworzeniu Komitetu Wykonawczego (Polskiego) w 1913 r. w Winterswijk w Holandii. Temu Komitetowi już po rewolucji w Niemczech 1918 r. udało się skupić prawie wszystkie organizacje polskie Zagłębia Ruhry. Założony w 1922 r. Związek Polaków w Niemczech mógł już w zmienionych warunkach politycznych i terytorialnych rozpocząć budowę swej organizacji w bezpośrednim oparciu o założenia Komitetu Wykonawczego, przesuując równocześnie punkt ciężkości swej działalności organizacyjnej z Zagłębia Ruhry do Berlina.